

Bescheid

I. Spruch

1. Der Antrag der **Hit FM Privatrado GmbH** (FN 167180 d beim LG St. Pölten), Julius-Raab-Promenade 1, 3100 St. Pölten, vom 1.3.2004, die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) möge feststellen, dass auch nach Abtretung der von der Krone Radio Marketing und Beteiligungs GmbH (FN 190070 s beim HG Wien) an der Hit FM Privatrado GmbH gehaltenen Anteile in der Höhe von 19,9% an die Krone Hit Radio Medienunternehmen Betriebs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H. & Co.KG. (FN 210995 m beim HG Wien) den Bestimmungen des Privatradiogesetzes entsprochen werde, wird gemäß § 7 Abs. 6 Privatradiogesetz (PrR-G), BGBl. I Nr. 20/2001 idF BGBl. I Nr. 136/2001, zurückgewiesen.
2. Der Antrag der **Hit FM Privatrado GmbH**, die Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) möge feststellen, dass die in Spruchpunkt 1. genannte Feststellung nicht erforderlich sei, wird gemäß § 56 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG), BGBl. Nr. 51/1991 idF BGBl. I Nr. 10/2004, als unzulässig zurückgewiesen.

II. Begründung

Entscheidungsrelevanter Sachverhalt

Am 3.3.2004 langte bei der Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria) ein Schreiben der HIT FM Privatrado GmbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer KR Mag. Ewald Volk ein, mit dem sie anzeigte, dass die Krone Radio Marketing und Beteiligungs GmbH (FN 190070 s beim HG Wien) beabsichtige, ihren Geschäftsanteil an der HIT FM Privatrado GmbH, entsprechend einer Beteiligung an der Gesellschaft von 19,9 % an die Krone Hit Radio Medienunternehmen Betriebs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H. & Co.KG. (FN 210995 m beim HG Wien) zu übertragen.

Die Hit FM Privatrado GmbH ist Inhaberin einer Zulassung zur Veranstaltung von Hörfunk für das Versorgungsgebiet „Bezirk St. Pölten“. Diese Zulassung wurde der Mayer, Grassl-Kosa OEG (FN 159498 g beim LG St. Pölten) mit Bescheid der Regionalradio- und Kabelrundfunkbehörde vom 5.12.1997, GZ 611.301/8-RRB/97, für die Dauer vom 1.4.1998 bis 31.3.2005 erteilt und ist im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die nunmehrige Hit FM Privatrado GmbH übergegangen.

Mit § 25a Abs. 1 Regionalradiogesetz idF BGBl. I Nr. 160/1999 wurde die Dauer der Zulassung gesetzlich auf zehn Jahre, und damit bis zum 31.3.2008, verlängert.

Die Gesellschafter der Hit FM Privatrado GmbH sind zum Entscheidungszeitpunkt

- 75,1 % MOIRA Media Service GmbH
- 19,9 % Krone Radio Marketing und Beteiligungs GmbH
- 2,75% Helmut Mayer
- 2,25% Michael Grassl-Kosa

Diese Zusammensetzung der Gesellschaft lag der letzten Feststellung der KommAustria nach § 7 Abs. 6 PrR-G, KOA 1.301/03-1 vom 26.8.2003, zu Grunde.

Der dargestellte Sachverhalt ergibt sich aus dem Antrag vom 1.3.2004, den zitierten Akten der KommAustria und der Regionalradio- und Kabelrundfunkbehörde sowie dem offenen Firmenbuch.

In rechtlicher Hinsicht war zu erwägen

Zu Spruchpunkt 1.

Nach § 7 Abs 6 PrR-G hat ein Hörfunkveranstalter die Übertragung an Dritte von mehr als 50 vH der Anteile, wie sie zum Zeitpunkt der Erteilung der Zulassung oder einer Feststellung nach diesem Absatz beim Hörfunkveranstalter bestehen, der Regulierungsbehörde im Vorhinein anzuzeigen. Mehrere Übertragungen sind zusammenzurechnen. Die Regulierungsbehörde hat spätestens innerhalb einer Frist von acht Wochen ab der Anzeige festzustellen, ob unter den geänderten Verhältnissen den Bestimmungen des § 5 Abs. 2 sowie der §§ 7 bis 9 entsprochen wird. Die Zulassung ist zu widerrufen, wenn der Hörfunkveranstalter entgegen dieser Feststellung eine Übertragung der Anteile vorgenommen hat.

Mit der beabsichtigten Übertragung von 19,9% der Anteile an der Hit FM Privatrado GmbH von der Krone Radio Marketing und Beteiligungs GmbH an die Krone Hit Radio Medienunternehmen Betriebs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H. & Co.KG. werden nicht mehr als 50% der Anteile, wie sie nach der letzten Feststellung nach § 7 Abs. 6 PrR-G beim Hörfunkveranstalter bestanden, übertragen.

§ 7 Abs. 6 PrR-G kommt für diese Übertragung daher nicht zur Anwendung. Der auf Feststellung nach diesem Absatz gerichtete erste Teil des Antrags ist daher als unzulässig zurückzuweisen.

Zu Spruchpunkt 2.

Im zweiten Teil des Antrags wird die Feststellung begehrt, dass eine Feststellung hinsichtlich dieser Anteilsübertragung (also nach § 7 Abs. 6 PrR-G) nicht erforderlich sei.

Bei einer beabsichtigte Anteilsübertragungen im Vorhinein genehmigenden Entscheidung nach § 7 Abs. 6 PrR-G handelt es sich um einen die angezeigte Übertragung aus rundfunkrechtlicher Sicht genehmigenden und folglich vor allem rechtsgestaltenden Bescheid (siehe hierzu auch *Kogler/Kramler/Trainer*, Österreichische Rundfunkgesetze (2002) 269). Aus der Bestimmung des § 7 Abs. 6 PrR-G geht allerdings nicht hervor, dass eine Feststellung der Art, dass kein nach dieser Bestimmung zu genehmigender Sachverhalt bzw. Abtretungsvorgang vorliege, zulässig wäre.

Der Verwaltungsgerichtshof vertritt in ständiger Rechtsprechung, dass in Ermangelung einer besonderen gesetzlichen Anordnung eines Feststellungsbescheides ein solcher nur über Rechte oder Rechtsverhältnisse ergehen kann, wenn dies von einer Partei beantragt wird, diese ein rechtliches Interesse an der Feststellung hat, es sich um ein notwendiges, letztes und einziges Mittel zweckentsprechender Rechtsverteidigung handelt oder wenn die Feststellung im öffentlichen Interesse liegt; dies jeweils unter der weiteren Voraussetzung, dass die maßgeblichen Rechtsvorschriften eine Feststellung dieser Art nicht ausschließen (vgl. u.a. VwGH vom 17.12.2001, 2001/17/0053).

Generell sind Feststellungsbescheide unzulässig, wenn die strittige Rechtsfrage im Rahmen eines anderen vorgesehenen gesetzlichen Verwaltungsverfahrens entschieden werden kann (vgl. VwGH vom 10.12.1999, 94/17/0053).

Zunächst ist im Bezug auf die Bestimmung des § 7 Abs. 6 PrR-G festzuhalten, dass schon mit einem Antrag, die Regulierungsbehörde möge feststellen, dass auch nach Durchführung bestimmter in Aussicht gestellter Eigentumsveränderungen den Bestimmungen des Privatradiogesetzes entsprochen werde, potentiellen Antragstellern ein ausreichendes Mittel zur Wahrung ihrer rechtlichen Interessen zur Verfügung steht.

Die Antrag umfasste Feststellung, dass eine Genehmigung der beabsichtigten Anteilsübertragungen gemäß § 7 Abs. 6 PrR-G nicht erforderlich sei, kann bzw. konnte (siehe oben Spruchpunkt 1.) demnach im Rahmen eines Verfahrens nach § 7 Abs. 6 PrR-G (als Vorfrage) einer Klärung zugeführt werden.

Durch die Zurückweisung des ersten Teils des Antrages in Spruchpunkt 1., da der vorliegende Sachverhalt einer Genehmigung nach § 7 Abs. 6 PrR-G nicht zugänglich ist, wurde die vom zweiten Teil des Antrags umfasste Frage bereits ausreichend geklärt, sodass es unzulässig ist, diese Frage zum Gegenstand eines eigenständigen Feststellungsbescheides zu machen. Der zweite Teil des Antrags war daher zurückzuweisen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine materielle Prüfung im Hinblick darauf, ob nach Durchführung der in Aussicht genommenen Anteilübertragung die Voraussetzungen der Bestimmungen des § 5 Abs. 2 und der §§ 7 bis 9 PrR-G noch erfüllt sind, im Rahmen dieser Entscheidung nicht erfolgt ist.

III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der Partei dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Berufung offen. Die Berufung ist binnen zwei Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Behörde, die diesen Bescheid erlassen hat, einzubringen. Die Berufung hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, zu bezeichnen und einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten. Für den Berufungsantrag ist gemäß § 14 TP 6 Gebührengesetz 1957 idF BGBl. I Nr. 84/2002 eine Gebühr von 13 Euro zu entrichten. Die Gebührenschuld entsteht gemäß § 11 Abs 1 Gebührengesetz 1957 erst in dem Zeitpunkt, in dem die abschließende Erledigung über die Berufung zugestellt wird.

Wien, am 9. März 2004

Kommunikationsbehörde Austria (KommAustria)

Mag. Michael Ogris
Behördenleiter